

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

ENERGIESCHWUND.

Daten, Fakten und Hintergründe zur hausgemachten Energiekrise in Deutschland

[Matthias Müller]

In diesen Tagen ist hierzulande nicht nur das Wetter frostig, auch die allgemeine Stimmung in den allermeisten bundesdeutschen Haushalten liegt deutlich unter Null, zumindest was das Thema Haushaltskasse anbelangt. Wer wüsste nicht den Grund dafür? Die meisten haben bereits Ende des vergangenen Jahres Post von ihren Energieversorgern erhalten, mit der günstige Altverträge gekündigt und die Kunden vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Die Energiepreise sind durch die Decke geschossen, für die meisten Haushalte haben sich die monatlichen Abschläge für Strom verdoppelt bis verdreifacht, beim Gas liegt der Faktor bei fünf bis teilweise zehn. Alles nur „Putins Schuld“? Mitnichten. Die Gründe für die dramatischen Preisentwicklungen haben nur sehr vordergründig mit dem scheinbar endlosen Konflikt in der Ukraine zu tun – dafür umso mehr mit der Profitgier der Akteure im globalen Energiegeschäft und mit völlig hirnrissigen Preisbildungsmodellen in diesen Branchen. Wir wollen versuchen, ein wenig in diesen finsternen Sumpf hinein zu leuchten. Damit Sie wenigstens verstehen, warum das Geld plötzlich so knapp ist.

Der Strompreis

Zäumen wir das Pferd von hinten auf und fangen mit dem Strom an. Im Windschatten der Gasprexplosion haben sich die Großhandelspreise für Strom in den letzten Monaten teilweise mehr als verzehnfacht. Verfolgen kann diese Preise jedermann zum Beispiel bei <https://ember-climate.org/data/data-tools/europe-power-prices/>, hier werden die Großhandelspreise abgebildet. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis dies mit voller Wucht auch die Stromrechnungen der Haushalte trifft, angefangen hat es aber schon. Die Gründe dafür sind vielfältig und gehen weit über den Krieg in der Ukraine hinaus. Paradoxerweise sorgt ein Preismechanismus, der eigentlich die erneuerbaren Energien stärken und den Verbraucher vor hohen Strompreisen schützen sollte, dafür, dass die Preise nun durch die Decke gehen. Um sich vor allzu großem Unmut aus der Wählerschaft zu schützen, versucht sich die Bundesregierung rund um Märchenbuchautor Robert Habeck und Olaf „Alzheimer“ Scholz mit schuldenfinanzierten (und über saftige Steuererhöhungen wieder zurück zu holenden) Geldgeschenken aus der Affäre zu ziehen. Das könnte klappen, weil der deutsche Michel ja nicht besonders gut darin

ist, Zusammenhänge zu verstehen, aber sei's drum. „Strompreisdeckel“ lautet der neueste Streich aus Berlin-Schilda und er soll den Strompreis für die Grundkontingente der deutschen Haushalte auf 40 Cent pro kWh begrenzen. Das ist purer Irrsinn, da ein Großteil des Stroms für 10 Cent pro kWh und weniger produziert wird. Unter dem Strich bereichern sich vor allem einige Konzerne sowie der Staat an den horrenden Stromkosten, die nicht eine Folge des Ukraine-Kriegs, sondern Folge der vollkommen kontraproduktiven Regeln an der Strombörse sind.

Zur richtigen Einordnung des Strompreisdeckels sehen wir uns an, wie der Strommarkt in Deutschland funktioniert. Strom wird in Deutschland auf viele Arten erzeugt. Im letzten Jahr stammte fast die Hälfte des erzeugten Stroms aus regenerativen Energien. Rund 20 Prozent stammen aus der Verstromung von Braunkohle, 10 Prozent aus Steinkohle und 13 Prozent aus der Kernenergie. Nur rund 10 Prozent des Stroms wurden zuletzt aus der Verstromung von Erdgas erzeugt. Nun haben all diese Energieträger jedoch unterschiedliche Kosten. Aktuelle Studien beziffern die sogenannten Stromgestehungskosten (also die Herstell-

lungskosten inkl. der Energieträger, den Kapitalkosten und der angestrebten Rendite, aber ohne die Verteilungs- und Speicherkosten) grob folgendermaßen:

- **Wind (Onshore) rund 6 Cent/kWh**
- **Wind (Offshore) rund 10 Cent/kWh**
- **Photovoltaik (Kleinanlage) rund 7 Cent/kWh**
- **Photovoltaik (Großkraftwerk) rund 5 Cent/kWh**
- **Kernenergie rund 8 Cent/kWh**
- **Braunkohle rund 6 Cent/kWh**
- **Steinkohle rund 10 Cent/kWh**
- **Erdgas rund 10 Cent/kWh**

Diese Daten sind ein Durchschnittswert verschiedener Studien und beziehen sich auf die Zeit vor dem deutlichen Anstieg der Rohstoff- und vor allem Erdgaspreise. Die Stromerzeugungskosten machen jedoch nur rund 40 Prozent des Endkundenpreises aus. Weitere 40 Prozent sind Abgaben und Steuern und rund 20 Prozent kommen für den Transport als Netzentgelt hinzu. Die deutschen Endkundenpreise gehören damit zu den höchsten der Welt.

Die Entwicklung des Großhan-

delspreises für Strom ist mehr als besorgniserregend. In den meisten europäischen Ländern hat sich der durchschnittliche Großhandelspreis gegenüber dem Vorjahr fast verzehnfacht. In Deutschland wird Strom momentan für rund 30 Cent/kWh gehandelt – und das ist wohl-gemerkt der Großhandelspreis ohne Abgaben, Steuern, Netzentgelte und ohne die Kosten und Renditen der Endversorger. Blicke der Preis auf diesem Niveau, müssten sich bald auch die Endkundenpreise mindestens verdoppeln. Und das ist vielleicht noch optimistisch, da die Preise im Großhandel in den letzten Monaten eine vorherrschende Richtung kannten – steil nach oben.

Wie kann das sein? Sicher: Der Gaspreis ist durch die Verknappung der Lieferungen aus Russland und andere Markteffekte ordentlich gestiegen. Aber die Gasverstromung machte in 2022 nur rund fünf Prozent im deutschen Strommix aus. Der meiste Strom kam in diesem Jahr aus Wind, Braunkohle und Solar, also aus Energiequellen, die sich, wenn überhaupt, nur marginal verteuert haben. Wie kann es also sein, dass eine kleine Stellschraube, wie der Gaspreis, so massive Auswirkungen auf den Strompreis hat?

Um zu verstehen, warum der Strompreis zurzeit durch die Decke geht, muss man zunächst einmal wissen, wie dieser Preis überhaupt entsteht. Früher war dies relativ einfach. Versorger wie z.B. die Stadtwerke produzierten den Strom in eigenen Kraftwerken selbst und kauften sich die nötigen zusätzlichen Mengen von großen Stromkonzernen, die beispielsweise Kohle- und Kernkraftwerke betrieben. Angebot und Nachfrage regelten hier den Preis. Der Ausbau der regenerativen Energien war in diesem Preismodell jedoch problematisch. Sonne und Wind haben den Vorteil, dass sie nahezu keine nennenswerten Grenzkosten haben: ob der

Wind weht oder die Sonne scheint, spielt für die Kostenseite bei der Stromerzeugung keine große Rolle. Wer diese Energien ausbauen will, muss also dafür sorgen, dass sie privilegiert ins Netz eingespeist werden und am Markt fair bezahlt werden – es geht also um die Frage, wie sich der Ausbau der so genannten „Erneuerbaren“ politisch vorantreiben, also steuern lässt.

Dazu hat man die sogenannte „Merit Order“ als Regelwerk an den Strombörsen eingeführt. Was komplex klingt, ist eigentlich ganz einfach. Der Strom wird in der Reihenfolge der Grenzkosten der Kraftwerksbetreiber ins Netz eingespeist – so lange, bis der momentane Bedarf gedeckt ist. Zuerst sind dies Wind- und Solar-Kraft, dann kommen Kernenergie und Braunkohle und als Letztes kommt (nicht erst seit der Preisexplosion, sondern schon immer) Gas, da hier die Grenzkosten schon immer am höchsten sind. Der besondere Clou bei der Merit Order ist, dass sich der Preis für den gesamten Strom (!) stets nach dem Kraftwerk richtet, das als letztes zugeschaltet wurde, also dem Kraftwerk, das die höchsten Grenzkosten hat. Und dies sind aktuell – warum, dazu kommen wir gleich – nun einmal so gut wie immer Gaskraftwerke. Der gesamte Strom wird also zum sehr hohen Grenzkostenpreis der Gaskraftwerke verkauft – auch der eigentlich viel preiswertere Strom aus regenerativen Energien und die großen Grundlastmengen, die aus Braunkohle und Kernenergie erzeugt werden. Steigt also der Preis für das „typische“ Grenzkraftwerk, steigt auch immer automatisch der Preis für den Gesamtstrom. So sinnvoll die Merit-Order-Regelung in normalen Zeiten theoretisch sein mag – mögliche Knappheiten bei einem wichtigen Energieträger der die Spitzenlast abdeckt, sind ihre Achillesferse.

Doch es ist ja nicht „nur“ die

Knappheit von Erdgas. Das europäische Stromversorgungsnetz ist so konstruiert, dass zeitweilige Lücken in einzelnen Regionen durch erhöhte Stromproduktion in anderen Regionen ausgeglichen werden. Es macht also hier nur wenig Sinn, die Situation nur auf nationaler Ebene zu betrachten. Im letzten Jahr kamen europaweit verschiedene Einzeleffekte wie Dürren (Einbruch bei der Wasserkraft) und Wartungsprobleme in französischen Kernkraftwerken zusammen, die in Kombination einen „perfekten Sturm“ bildeten.

Kurz zusammengefasst: Der Einkaufspreis an den Strombörsen wird nicht durch die realen Kosten aller verschiedenen Energieträger bestimmt, sondern ausschließlich anhand der Stromgestehungskosten des im jeweiligen Zeitraum teuersten Anbieters. Wenn die Stromgestehungskosten für Strom aus Erdgas sich also verfünffachen, gilt dieser Preis automatisch für alle anderen Anbieter, auch für die Anbieter von Strom aus regenerativen Energien, Kohle und Kernkraft, deren Kosten sich – wenn überhaupt – nur marginal gesteigert haben. Die Preissteigerungen beim Erdgas, die eigentlich nur ein kleinerer Preisfaktor für den gesamten Strompreis sein müssten, sind durch das Merit-Order-Prinzip also ursächlich verantwortlich für die massiven Preissteigerungen für die Endkunden. Wer im Stillen mitgedacht hat, der ist schon von alleine drauf gekommen – und ja, Sie denken richtig: durch das Merit-Order-Prinzip haben die Betreiber von großen Wind- und Solarparks im vergangenen Jahr Milliarden verdient, denn sie konnten ihren Strom für das fünf- bis zehnfache des üblichen Kurses verkaufen. Die sind die so genannten „Übergewinne“, von denen zeitweise in den Medien zu hören war.

Wenn man dies Betreibern von kleinen Photovoltaikanlagen oder

Windrädern erzählt, reiben sie sich nur verduzt die Augen. Sie profitieren nämlich nicht von den sagenhaften Preissteigerungen an der Strombörse, sondern werden wie eh und je mit dem über die Einspeisevergütung festgelegten Preis abgefunden. Auch die Stromnetzbetreiber, die indirekt diesen Kleinerzeuger-Strom an den Börsen weiterverkaufen, profitieren nicht, da sie vereinfacht gesagt als „Treu-händer“ agieren. Dafür kommt die EEG-Umlage ins Spiel. Macht der Netzbetreiber mit dem Weiterverkauf Verluste, werden ihm diese aus der EEG-Umlage erstattet. Macht er Gewinne, muss er diese in die EEG-Umlage abführen. Die besondere Situation am Strommarkt hat dazu geführt, dass der von Kleinanlagen erzeugte Strom für sagenhafte Handelsgewinne gesorgt hat, die auf das staatlich geführte EEG Konto eingezahlt wurden, es wies gegen Ende des Jahres 2022 ein Guthaben von rund 20 Milliarden Euro aus. Fazit: Mitten in der größten Energiekrise seit dem zweiten Weltkrieg schwimmt die Strombranche im Geld.

Der nun geplante Strompreisdeckel zurrt die genannten Fehlentwicklungen fest, anstatt sie aufzulösen. Er setzt beim Endkundenpreis an. Hier wird dann der Staat aktiv und übernimmt die Differenz zwischen dem in Rechnung gestellten Strompreis und dem als „Deckel“ festgelegten Grenzpreis von 40 Cent pro kWh. Bei Industriekunden beträgt der Grenzpreis übrigens nur 13 Cent pro kWh, bei ihnen sind jedoch auch die Abgaben deutlich geringer. Finanziert werden die staatlichen Zuschüsse – so ist es zumindest geplant – über eine Übergewinnsteuer, die nun Zufallsgewinnsteuer heißen soll und von Gas-, Öl- und Kohleunternehmen sowie Raffinerien abgeschöpft werden soll und dies sogar rückwirkend ab dem 1. September. Seltsamerweise sind die regenerativen Energien auf dieser Liste nicht aufgeführt.

Es ist zwar löblich, dass man an diese Übergewinne geht, aber davon hat der Verbraucher leider überhaupt nichts. Er ist es schließlich, der diese Übergewinne über seine Stromrechnung erst bezahlt hat. Nun wird dieses Geld vom Staat abgeschöpft. Das ist keine Entlastung, sondern unter dem Strich eher eine zusätzliche Abgabe. Und wenn der Verbraucher am Ende einen kleinen Teil dieser Abgabe in Form von Zuschüssen zur Stromrechnung wiederbekommen sollte, bekommt er, wenn auch nicht direkt, so aber indirekt genau das Geld wieder, das er gleichzeitig über den höheren Strompreis bezahlt. Rechte Tasche, linke Tasche.

Dabei gäbe es doch eine ganz andere Möglichkeit: Wäre der Strompreis niedriger, würden keine Übergewinne in diesem Bereich anfallen und der Staat müsste nichts subventionieren und auch nichts umverteilen. Das wäre eine echte Entlastung und sie wäre durchaus umsetzbar.

Dazu ein ganz einfaches Rechenbeispiel. Würde man die Gaskraftwerke aus der Merit Order herausnehmen, wäre es stets die nächstbeste Energieform, die den Strompreis an den Strombörsen bestimmen würde. Das wären dann gemäß der oben genannten Zahlen zum Beispiel der Offshore-Windstrom oder die Steinkohle, dies jedoch zu einem Erzeugerpreis von rund 10 Cent pro kWh und nicht zu den teilweise exorbitant hohen Erzeugerpreisen der Gaskraftwerke, die im Sommer fast durchgängig bei über 40 Cent pro kWh lagen.

Würde man so vorgehen, wäre ein Endkundenpreis von rund 25 Cent pro kWh durchaus möglich – schließlich fällt die alte EEG-Umlage ja weg. Würde man nun auch noch die Umsatzsteuer für Strom – wie beim Erdgas – auf sieben Prozent absenken, wäre sogar eine Senkung auf 22 Cent pro kWh

durchaus realistisch. Nun müsste man jedoch einen Weg finden, die Gaskraftwerksbetreiber so zu entlohnen, dass sie auch ohne fortwährende Verluste Strom erzeugen können. Das könnte eine neue Umlage gewährleisten, aus der der Staat den Gaskraftwerks-Betreibern die Differenz zwischen ihrem Erzeugerpreis und der Merit Order an der Strombörse ausgleichen könnte. Nach der oben genannten Überschlagsrechnung wären dies rund 16 Prozent des Strompreises, also rund 4 Cent. Im Ergebnis käme man so – man höre und staune – auf einen Strompreis, der mit 26 bis 29 Cent pro kWh auf dem Niveau von 2013 läge – und dies ohne Umverteilungs- und Subventionsorgien. Würde man nun auch noch an die Netzmonopole mit ihren rational nicht erklärbaren Preisen im Stromtransportbereich gehen, wären sogar weit niedrigere Verbraucherpreise möglich. Aber das ist ein anderes Thema.

Warum geht die Bundesregierung nicht diesen einfachen und für die Verbraucher erstrebenswerten Weg? Dafür gibt es keine rationale Erklärung. Man darf jedoch vermuten, dass Lobbyinteressen hier im Weg stehen. Vor allem die Grünen sind ja erklärtermaßen Anhänger hoher Energiepreise, die die „Energiewende“ beschleunigen und finanzieren sollen. Der nun festgelegte Grenzpreis von 40 Cent pro kWh gehört in diese Kategorie und es ist sicher auch kein Zufall, dass regenerative Energien von der Finanzierung der Umverteilung ausgenommen sind. Dort wird es bei den Großbetreibern nach wie vor fette Renditen geben und die Kleinbetreiber (die über mickrige Einspeisevergütungen abgefunden werden) sorgen dafür, dass das EEG-Konto märchenhafte Salden ausweisen wird. Nur der Verbraucher ist der Gelackmeierte. Aber das ist ja nichts Neues. Frei nach Henry Ford möchte man sagen: „Würden die Menschen das Strom-

preissystem verstehen, hätten wir eine Revolution noch vor morgen früh.“ Es ist volkswirtschaftlich verheerend, in einer solchen Situation an der Merit Order festzuhalten. Es gibt keinen Grund, warum die Produzenten von Strom aus regenerativen Energiequellen und die Kohle- und Kernkraftwerksbetreiber direkt derart massiv von den Problemen bei der Gasversorgung profitieren sollten – es sei denn man führt das Argument der „Klientelpolitik“ ins Feld.

Der Strompreis ist in seiner derzeitigen Höhe also keineswegs die Folge des Ukrainekrieges, sondern vor allem die Folge politisch gesteuerter Preisbildungsmechanismen, durch die bestimmte Akteure, ausgerechnet die Lieblingskinder grüner Ideologien, märchenhafte Gewinne einstreichen und der Stromkunde dafür bluten muss. Die Stellschraube ist zwar der Gaspreis, doch auch dieser hat nur indirekt mit dem Wegfall russischen Billig-Gases zu tun.

Der Gaspreis

Hartnäckig hält sich immer noch das Narrativ, Russlands verminderte Gaslieferungen seien der einzige Grund für die teils exorbitanten Preise für Erdgas. Unstrittig ist, dass die Kappung der Lieferungen russischen Gases der Auslöser der Preisrallye war. Damit alleine lassen sich jedoch die extremen Preissteigerungen nicht erklären.

Um zu verstehen, warum die Großhandelspreise für Erdgas vor allem im August jenseits von Gut und Böse waren, muss man verstehen, wie es der Bundesregierung gelungen ist, die nationalen Gasspeicher in einem Rekordtempo zu füllen. Im Frühjahr, als sich die Großhandelspreise nach der russischen Invasion in der Ukraine verdoppelt hatten, war die Bereitschaft privatwirtschaftlicher Unternehmen, Gas zu diesen Preisen für den nächsten Winter einzulagern, freundlich

ausgedrückt zurückhaltend. Das brachte die zuständige Bundesnetzagentur und das Bundeswirtschaftsministerium auf den Plan. Am 3. Juni wurde der technische Dienstleister Trading Hub Europe (THE) damit beauftragt, die Füllung der nationalen Gasspeicher zu koordinieren. Am 23. Juni rief Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck dann die Alarmstufe des Notfallplans Gas aus, mit der er THE legitimierte, über ein Kreditfenster der staatlichen Förderbank KfW selbst Gas an den Energiebörsen zu kaufen und es in den Speichern einzulagern.

Diese Maßnahme war per se nicht falsch. Nachdem Gazprom die Gaslieferungen über die Nord-Stream-1-Pipeline unter fragwürdigen Erklärungen am 13. Juni auf 40 Prozent des maximalen Volumens gedrosselt hatte, waren die Preise noch einmal gestiegen und mittlerweile meldeten die großen privatwirtschaftlichen Gasimporteure wie Uniper, dass ihnen das nötige Geld für weitere Einkäufe ausgegangen sei. Hochproblematisch war jedoch die Vorgehensweise des staatlichen Einkaufsprogramms, das nun von THE umgesetzt wurde: Trading Hub Europe hatte nun die hoheitliche Aufgabe, den Markt sprichwörtlich leerzukaufen und die nationalen Gasspeicher mit der technisch maximalen Menge pro Tag zu füllen. Auf den Preis sollte THE dabei nicht achten, sondern blindwütig zu jedem aufgerufenen Kurs einkaufen. Deutschland kaufte also im Sommer ohne Sinn und Verstand den Markt leer.

Die Intervention von THE sorgte nun also dafür, dass der ohnehin schon erhöhte Preis noch weiter in die Höhe schnellte. Seit der Ausrufung der Alarmstufe war THE am Markt aktiv. Wertet man die Daten der Bundesnetzagentur aus, ist jedoch ersichtlich, dass die Einkäufe in ihrem Volumen variierten. Das ist besonders interessant, wenn man

diese Angaben mit dem Großhandelspreis in Verbindung setzt.

In der ersten Phase von der Ausrufung der Alarmstufe bis zum 11. Juli kaufte THE im Schnitt täglich ein Volumen, das der Füllung von 0,3% des nationalen Speichervolumens entspricht. In Folge stieg der Großhandelspreis von rund 130 Euro auf rund 180 Euro pro MWh. Ab dem 11. Juli fuhr THE seine Aktivitäten merklich zurück. Die Gründe dafür sind unbekannt. In den folgenden 10 Tagen betrug das Einkaufsvolumen im Schnitt nur noch 0,1%, was direkte Folgen für den Großhandelspreis hatte, der nun wieder auf rund 155 Euro pro MWh sank. Am 21. Juli erfolgte die Kehrtwende. Nun kaufte THE massiv die Märkte leer und kommt bis Ende August auf ein durchschnittliches Einkaufsvolumen von 0,5% der Speichermenge. Durch diese Aktivität verdoppelte sich der Großhandelspreis auf über 300 Euro pro MWh. Erst als THE ab dem 24. August seine Aktivitäten wieder drosselte und das Einkaufsvolumen auf 0,2% bis 0,3% im Schnitt senkte, sanken auch wieder die Großhandelspreise.

Interessant ist in diesem Kontext, dass die Großhandelspreise nach der am 30. August von Russland verkündeten vollständigen Einstellung der Gaslieferungen über Nord Stream 1 und den Anschlägen auf die beiden Nord-Stream-Pipelines am 26. September sogar sanken. In diesem Zeitraum waren die Speicher bereits fast voll und dank des warmen Herbsts lag der Verbrauch in einem überschaubaren Bereich. Das Sinken der Nachfrage hatte nun deutliche Auswirkungen auf den Großhandelspreis, der heute mit rund 100 Euro pro MWh nahezu auf dem „Vorkriegsniveau“ liegt (zwischenzeitlich sogar massiv darunter) – und dies, obgleich aus Russland nur noch minimale Gaslieferungen über das Transgas-Pipeline-System kommen

und die neuen LNG-Terminals noch nicht in Betrieb sind. Doch das ist nur eine Momentaufnahme. Spätestens wenn die Temperaturen tief bleiben, wird sich auch die Nachfrage wieder deutlich erhöhen und die Großhandelspreise werden anziehen. Dies erkennt man auch am „Spread“ zwischen den Spotmarktpreisen und den Preisen für Terminkontrakte in einem Monat, die zurzeit mit 150 pro MWh auf Krisenniveau rangieren.

Was hat die Preise also derart in die Höhe getrieben? War es wirklich ausschließlich die etappenweise Einstellung der russischen Gaslieferungen? Sie war zweifelsohne der Auslöser und ist – wie man aus den Daten grob herauslesen kann – für eine Steigerung auf rund 125 bis 150 Euro pro MWh verantwortlich. Die Preisexzesse im Sommer lassen sich damit jedoch nicht erklären. Das Problem dabei ist, dass genau diese Spitzenpreise der Auslöser und die „Benchmark“ der Gasversorger waren, die den Endkundenpreis bis heute bestimmen. Wir alle zahlen mit den aktuellen Gasabschlägen also bis heute und vermutlich noch sehr lange den Preis dafür, dass die THE im Sommer auf persönliche Anweisung Robert Habecks in einem kopflosen, sinnbefreiten Einkaufs-Rausch den Gasmarkt auf den Kopf gestellt hat.

Wenn ein mit unendlichen Geldmitteln ausgestatteter staatlicher Akteur den Markt physisch leerkauft, hat dies massive Auswirkungen auf die Preise. Klartext: Ohne die Intervention von THE wäre das Gas auf dem Spotmarkt während der gesamten Sommersaison nicht knapp gewesen. Die Preise wären auf einem deutlich niedrigeren Niveau, Sonderkunden aus Industrie und Gewerbe und auch die Versorgungsunternehmen hätten ihr Gas zu deutlich niedrigeren Preisen kaufen können.

Und was wäre mit den Speichern gewesen? Wären die dann heute

leer? Natürlich nicht. THE hätte den Einkauf und den Verkauf der eingespeicherten Gasmenge – wie in der Branche üblich – über Termingeschäfte abwickeln können. Richtig problematisch wird es immer dann, wenn man zwar marktwirtschaftliche Mechanismen zum Leitfaden erklärt, dann jedoch diese Mechanismen ignoriert und ohne Sinn und Verstand entgegen marktwirtschaftlicher Logik handelt. Exakt dies ist geschehen und die Folgen sind volkswirtschaftlich dramatisch. Die – in diesem Maße – unnötig hohen Gaspreise haben sich schließlich auf die Strom- und die Erzeugerpreise ausgewirkt und sind nicht „nur“ auf unserer Gasrechnung, sondern auch in fast allen anderen Produkten und Dienstleistungen enthalten. Ohne die dilettantische Einkaufspolitik, die Robert Habecks Bundeswirtschaftsministerium als oberste Dienstbehörde zu verantworten hat, müssten wir jetzt nicht mit einer zweistelligen Inflation und verfälschten Gasrechnungen kämpfen.

Diese Kritik wurde im Herbst sogar im SPIEGEL geäußert. Dort hieß es:

„Nur leider hat die zuständige Firma beim Einkauf offenbar unnützlich die Preise nach oben getrieben. Händler und Experten sind fassungslos. [...] Im August, als die Einspeicherung auf Hochtouren lief, kaufte THE allein für Deutschlands größten Gasspeicher in Rehden an vielen Tagen ein Viertel der Gasmenge ein, die zur selben Zeit in ganz Deutschland verbraucht wurde. »Das hat auf jeden Fall zu einer weiteren Verknappung geführt«, sagt Andreas Schroeder vom Energieanalysehaus ICIS.

Ende August kletterten die Preise auf einen Rekordstand von mehr als 300 Euro pro Megawattstunde. Versorger gerieten in Finanznöte, beim Energieriesen Uniper war die Lage so schlimm, dass er ein paar Wochen später verstaatlicht wurde. [...] Manche Branchenkenner zeigen

sich fassungslos über den Trading Hub. Denn wirklich Sinn ergibt dessen Einkaufsstrategie nicht.“

Damit bestätigt der SPIEGEL genau das, was wir bereits seit Monaten kritisieren: Robert Habeck ist aufgrund massiven Kompetenzmangels seiner Aufgabe nicht gewachsen. Die Kritik des SPIEGEL kommt zu spät und zu zaghaft. Damals hätte noch die Chance bestanden, umzusteuern. Das ist zumindest für diese Heizperiode zu spät. Man darf gespannt sein, ob das Bundeswirtschaftsministerium aus diesem katastrophalen Fehler wenigstens etwas lernt und ihn im Frühling 2023 abstellt, wenn die Speicher wieder gefüllt werden müssen. In- des, Anzeichen für eine zumindest flache Lernkurve sind auf Seiten der selbstgerechten Mächtigen-Weltverbesserer nicht zu erkennen.

Witzige Anekdote am Rande – die jedoch zeigt, wie sehr das Gasgeschäft auch (besser: vor allem) inmitten einer Krisenlage von Gewinninteressen geprägt ist: Zwischenzeitlich, genau gesagt Ende Oktober, waren die Gaspreise an einzelnen Handelsplätzen, z.B. an der niederländischen Energiebörse „ICE-Endex“ sogar negativ. LNG-Schiffe, die entladen wollten, mussten dafür bezahlen. Wie konnte es sein, dass eine wertvolle Ware wie Erdgas plötzlich nichts mehr wert war? Um das zu verstehen, muss man wissen, wie Gas physisch gehandelt wird. Seit Europas Regierungen panisch ihre Speicher gefüllt haben und dabei die Preise fahrlässig in noch nie gekannte Höhen getrieben haben, war der reale Markt sprichwörtlich ausgetrocknet.

Im Schnitt hatten die Speicher der EU im Oktober einen Füllstand von 93,4 Prozent. In den wichtigsten Abnehmerländern Deutschland und Italien passte gar kein Gas mehr in die Speicher. Man konnte ins Verbundnetz also nur so viel Gas einspeisen, wie aktuell verbraucht

wurde. Und das war erstaunlich wenig – dem goldenen Rekord-Oktober mit Temperaturen, die in Mitteleuropa bis zu acht Grad über dem Durchschnitt lagen, sei Dank.

Der Weltmarkt schert sich jedoch normalerweise nicht um solche Fragen. Für die Hedgefonds und Handelskonzerne, die das Gas in den Exporthäfen in den USA, Nigeria, Katar oder Algerien kaufen, zählt letztlich nur ihre Marge. Die war im Sommer, als Europas Regierungen noch wie verrückt Gas zu jedem angebotenen Preis kauften und in ihren Speichern hamsterten, sensationell – rund 150 Millionen Dollar ließen sich damals mit einer einzigen LNG-Ladung verdienen. Diese Zeiten waren im Oktober aber erst einmal vorbei. Als die LNG-Tanker im September die Exporthäfen verließen, lag der Spotmarktpreis für eine Megawattstunde noch bei über 200 Euro. In Europa angekommen lag er im Schnitt bei rund 20 Euro. Wer jetzt verkaufte, machte Verlust.

Bei Geschäften, bei denen es nicht nur um virtuelle Handelsgüter, sondern um reale Rohstoffe geht, die an einen realen Handelsplatz geliefert werden müssen, kann es in der Tat im Extremfall sogar zu negativen Preisen kommen, nämlich genau dann, wenn das Gas-Verbundnetz zeitweise einfach kein Gas aufnehmen will, der Tanker aber unbedingt entladen möchte, weil er ansonsten dumm vor Anker liegen muss, bis sich die Lage bessert. Genau das taten die Tanker aber. Ende Oktober waren es ganze 60 LNG-Tanker die vor den Häfen auf bessere Zeiten warteten. Zur Einordnung: Das sind fast 10 Prozent der gesamten weltweiten LNG-Tanker-Flotte. Auf dem Portal „MarineTraffic“ kann man sich die Positionen anzeigen lassen.

Diese beispielhafte Situation stellt in ihrer ganzen Absurdität eine tickende Zeitbombe dar. Die Spekulanten warten auf bessere Preise.

Die sollten natürlich kommen, spätestens dann, wenn die Temperaturen sinken und der Verbrauch steigt. Dann reichen jedoch die Entlade- und Verflüssigungskapazitäten in den europäischen Terminals nicht aus, um das Gas aus den „schwimmenden Speichern“ so schnell ins Netz einzuspeisen, wie es ge- und verbraucht wird. Die Folge: Um die Differenz auszugleichen, werden die nötigen Mengen aus den Speichern eingespeist und müssen sogleich auch wieder zu winterlichen Höchstpreisen gefüllt werden.

Man kann die beiden Alternativen Pipeline und LNG-Tanker nun einmal nicht 1:1 anhand der theoretischen Lieferkapazitäten miteinander vergleichen. Die Versorgung via LNG erfordert ein ausgeklügeltes Timing und ganz andere Puffer als die regelmäßige, gut planbare Versorgung über Pipelines. Dumm nur, dass diese Puffer in Europa gar nicht vorhanden sind und das Timing Sache von Spekulanten ist, die ausschließlich nach ihren persönlichen Gewinninteressen handeln.

Hinzu kommt ein weiteres Problem, das sich vor allem aus dem „natürlichen“ Motiv der Spekulanten ergibt, ihre Margen maximieren zu wollen. Wenn die Preise wieder deren Profitschwelle überschritten haben, wird es zum Stau an den Terminals kommen. Ist das Gas dann irgendwann einmal verflüssigt und eingespeist, liegen die Tanker immer noch in Europa und müssen erst einmal in die fernen Häfen der USA, Nigerias oder Katars zurück, um neues LNG zu laden. Die bislang 60 LNG-Tanker wird man also gut einen Monat nach ihrer Entladung in Europa nicht mehr sehen.

Die Posse rund um negative Gaspreise und Tanker, die vor Europas Küsten ankern, zeigt, in welchem Chaos wir momentan stecken. Seriöse Prognosen, gleich in welche Richtung, sind nicht möglich. War

der „alte“ Gashandel noch durch planbare, zuverlässige und seriös durch beide Parteien vereinbarte, langfristig gültige Preise gekennzeichnet, ist der „neue“ Gashandel chaotisch, unzuverlässig und einer nur noch wahnsinnig zu nennenden Preisdynamik unterworfen, die von Spekulanten gesteuert wird. Das ist genau das, was eine dahinsiechende Wirtschaft braucht – Nicht.

Fake News bei der LNG-Versorgung

Dies bemängelt auch eine Studie von McKinsey, eines der größten Wirtschaftsberatungsunternehmen weltweit. Anfang Dezember des vergangenen Jahres legte deren Analyse gleich eine ganze Reihe von Schwachstellen offen, die das Leben der Menschen, aber auch der Unternehmen in diesem Land künftig nicht einfacher machen wird. „Die Vorstellung, Erdgas sei als Energieträger bereits in wenigen Jahren verzichtbar, ist nicht haltbar“, sagt Alexander Weiss, Leiter des globalen Energiesektors bei McKinsey, „unsere Analyse zeigt, dass wir Erdgas noch für mehr als zehn Jahre brauchen“. Die Europäer sollten vor diesem Hintergrund auch den Abschluss langfristiger Abnahmeverträge erwägen.

Doch hierzulande zählt Klimaideologie mehr als Energiesicherheit. In den kommenden Jahren müssen die angeblichen CO₂-Emissionen sinken, lautet das Mantra von Habeck & Co. Dass die fehlenden Lieferungen aus Russland, das noch in 2021 mehr als die Hälfte des hierzulande benötigten Erdgases bereitstellte, komplett ersetzt werden müssen, tangiert den Wirtschaftsminister offensichtlich nur am Rande.

Dazu passt, dass mit ConocoPhillips jüngst ausgerechnet ein amerikanisches Unternehmen den angeblichen Gas-Deal Katars mit Deutschland eingefädelt hat, während die Scheichs Habeck trotz seines servilen Kniefalls hängen

ließen. Dass „Katar günstiges LNG nach Deutschland liefern wird“, wie es in den Mainstreammedien verlautbart wurde, ist – wie so oft bei Regierungsmedien – eine dreiste Falschmeldung. Nicht Deutschland, sondern der US-Energie-Multi ConocoPhillips hat Ende November einen Vertrag mit Katar abgeschlossen. Deutschland ist nicht Subjekt, sondern Objekt bei dem Deal. Mehr und mehr wird klar, dass Deutschlands Energieversorgung künftig von US-Konzernen (und deren Renditevorstellungen) dominiert wird. Deutsche Politiker mit oder ohne „One-Love-Binde“ sind nur Staffage in einem Spiel, bei dem nicht einmal klar ist, ob sie selbst es überhaupt verstehen.

Ryan Lance hat bei der vorver-sammelten Presse zelebrierten Unterzeichnung eines „Sale and Purchase Agreements“ seines Konzerns ConocoPhillips mit dem katarischen Staatsunternehmen QatarEnergy keine Regenbogenbinde getragen und wahrscheinlich ist ihm das aktivistische Kasperletheater der hiesigen Meinungsmacher noch nicht einmal bekannt. Für Lance geht es nicht um die Rechte der katarischen LGBTQ-Community oder nepalesische Wanderarbeiter. Er ist CEO des drittgrößten amerikanischen Energiekonzerns und hat erst vor wenigen Wochen einen 28 Milliarden US-Dollar schweren Kooperationsvertrag mit den Scheichs abgeschlossen. Man wird in einem gemeinsamen Joint-Venture in den nächsten fünf Jahren neue Erdgasvorkommen erschließen und sechs neue LNG-Export-Terminals in Betrieb nehmen. Dafür braucht ConocoPhillips Abnehmer – wenn möglich gebunden an langfristige Verträge. Einer diese Abnehmer soll nun Deutschland sein.

Es ist also weniger das derzeit so harsch vom deutschen Haltungs-journalismus kritisierte Emirat Katar, sondern vielmehr der US-Multi ConocoPhillips, der die mittel- bis

langfristige Energieversorgung Deutschlands sichern soll. Die öffentlichkeitswirksame Vertragsunterzeichnung war reine Show. Dass ConocoPhillips sich um Kunden für das Joint-Venture kümmert, ist klar, sonst hätte man kaum 28 Milliarden US-Dollar investiert. Robert Habeck hätte sich also im Frühjahr die Rektalkriecherei in Katar sparen können und wäre besser nach Houston, Texas, geflogen, um dort den US-Multis die Stiefel zu lecken. Denn sie sind es, die Deutschlands Gasversorgung in Zukunft managen und damit fürstlich Geld verdienen werden.

Das Interessante ist, dass es im besagten Vertrag streng genommen gar nicht so sehr um Deutschland geht. Katar und ConocoPhillips einigten sich lediglich darauf, dass ConocoPhillips ab 2026 eine bestimmte Menge LNG des Joint-Ventures an das noch nicht fertiggestellte LNG-Terminal in Brunsbüttel liefert. Das ist nicht sonderlich überraschend, da sich ConocoPhillips bereits zusammen mit RWE und dem aus der BP hervorgegangenen britischen Petrochemie Giganten Ineos 80% der Lieferkapazität für das Terminal in Brunsbüttel vertraglich abgesichert hatte. Es war nur noch offen, ob ConocoPhillips das LNG aus den USA oder aus Katar liefert. ConocoPhillips kann Deutschland beliefern, muss dies aber nicht. Letztlich wird sowohl der Preis, als auch die wirtschaftspolitische Agenda der US-Führung darüber entscheiden, ob und wie viel Erdgas die Texaner nach Deutschland liefern – denn, auch wenn das der typische deutsche Michel nicht weiß oder nicht wahr haben will: Deutschland und USA sind auf dem Weltmarkt Konkurrenten. Wenn die USA unseren Energiemarkt kontrollieren, so kontrollieren sie damit faktisch unsere Wirtschaftsleistung. Punkt.

Grüne versagen beim Klimaschutz
Darüber wird hierzulande aber

nicht diskutiert. Wie in einer Parallelwelt debattiert man lieber über den moralischen Kontext eines deutsch-katarischen Erdgasdeals, den es tatsächlich überhaupt nicht gibt. Habeck bezeichnete den Deal auf einer Industriekonferenz in Berlin als „super“. Dass damit aber selbst im Idealfall nur ein Bruchteil des deutschen Bedarfs abgedeckt wird, scheint der Mann mit dem homöopathischen ökonomischen Basiswissen nicht bemerkt zu haben. Die zwei Millionen Tonnen Flüssiggas – umgerechnet rund 2,7 Milliarden Kubikmeter Erdgas pro Jahr – entsprechen nicht einmal drei Prozent der knapp 90,5 Milliarden Kubikmeter, die Deutschland im Jahr 2021 benötigte. Dabei ist eine Erhöhung des Erdgasangebots nach Ansicht von McKinsey-Energieexperte Weiss zwingend erforderlich. Nicht nur, um das Preisniveau zu senken, sondern auch, um im Klimaschutz vorwärts zu kommen: „Sinkende Erdgaskosten sind der entscheidende Schlüssel, um die CO₂-Emissionen der Stromerzeugung zu reduzieren. Wenn die Erdgaskosten hoch bleiben, kommt zu viel Kohle zum Einsatz“, bringt es Weiss auf den Punkt. Nur bei „deutlich reduzierten Gaspreisen“ würden die CO₂-Emissionen 2025 im Zielbereich liegen.

Das ist eine schlimme Klatsche für die grün-woken Weltenretter und ihre faktenfreie Ideologie. Nicht nur, dass ihre Energiepolitik die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland auf Jahrzehnte hinaus vernichtet, den jahrzehntelang mühsam aufgebauten Wohlstand und damit die soziale Stabilität des Landes systematisch zerstört – sie ist auch noch klimaschädlich und damit das Gegenteil dessen, was proklamiert wird. Dass die Deindustrialisierung Deutschlands das Klima schädigt, liegt

auf der Hand. Diese Industrien verschwinden nämlich nicht einfach, sondern sie wandern nach Asien ab – und dort schert man sich einen feuchten Kehricht um Klimaziele. Die US-amerikanische Investmentbank Goldman Sachs stellte kürzlich eine umfassende Analyse der Ergebnisse der Energiewendepolitik vor und kommt zu vernichtenden Ergebnissen. In den letzten zehn Jahren kostete diese Politik die Steuerzahler sagenhafte 3,8 Billionen Dollar und das Ergebnis beim weltweiten Verbrauch fossiler Brennstoffe ist: Null. Es kam lediglich zu einer Verschiebung der CO₂-Emissionen von West nach Ost. Saubere Energie- und Produktionstechnologie wie die in Deutschland wurde abgeschafft, profitiert haben die mit laxen Umweltstandards geführten Länder Asiens.

Fazit: Es ist gerade die Energiepolitik der Ampelkoalition, die das Märchen vom klimaneutralen Leben (und Fahren!) gänzlich ad absurdum führt. Zum einen ist Atomenergie verpönt: Der schlaue Robert schließt eine Rückkehr zur Kernkraft aus – und erhält dabei Rückendeckung von SPD und Umfall-Lindner (FDP). Zum anderen wurde Gas als Folge der in den Merkel-Jahren etablierten enormen Abhängigkeit von Russland zur Mangelware.

Nun muss es die Kohle richten. Dass Strom aus diesem Energieträger weder sauber noch CO₂-frei ist, dürften selbst Grüne nicht abstreiten. Daran ändert auch wenig, wenn auf E-Ladesäulen das fürs grüne Gewissen so wohlthuende (und irreführende) Label „Ökostrom“ prangt. Thomas Koch, Leiter des Instituts für Kolbenmaschinen am Karlsruher Institut für Technologie (KIT), hat die Hütchenspielerlei in Zahlen nachvollziehbar gemacht. Danach verursachte ein elektrisch betrieb-

benes Fahrzeug der Kompaktklasse in den ersten sechs Monaten letzten Jahres rund 175 Gramm Kohlendioxid je Kilometer. Wird die Energielücke nach der Abschaltung der verbliebenen Atomkraftwerke im kommenden Jahr mit Strom aus Kohle kompensiert, steigt der Wert sogar auf 184 Gramm pro Kilometer. Ein moderner Diesel kommt hingegen laut Koch auf 153 Gramm CO₂-Ausstoß pro Kilometer. Mit Öko-Diesel R33 errechnet er sogar einen Wert von nur 115 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer. Noch umweltfeindlicher wird die Situation, wenn die Gasversorgung wegen des anhaltenden Krieges in der Ukraine weiterhin kritisch bleiben sollte und der elektrische Energiebeitrag der Gaskraftwerke teilweise durch Stein- und Braunkohle ersetzt werden muss. Bei einer Gasreduzierung von 20 Prozent nimmt die CO₂-Emission eines Elektrofahrzeuges auf 201 Gramm je Kilometer zu.

Es ist kein Licht am Ende des Tunnels zu erkennen. Wir erlauben uns, zum wiederholten Mal das Wall Street Journal zu zitieren, weil sie es so schön auf den Punkt gebracht haben: wir betreiben die „dümmste Energiepolitik der Welt“. Rational ist das schon lange nicht mehr. Die Regierungen Deutschlands und der EU sind ideologiegetrieben und berauschen sich an populistischer Symbolpolitik. Man schottet sich von den realen Folgen des eigenen Versagens hermetisch ab, kultiviert die eigene Hybris in den Echokammern des medialen Mainstreams und kreischt ansonsten jede faktenbasierte Kritik mit reflexhaftem Rechts-Framing nieder. Wir leben aber im energetischen Zeitalter. Ohne Energie funktioniert gar nichts. Können wir uns da wirklich eine derart schlechte grüne Planwirtschaft erlauben?